

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 20 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Neblame-Kolonelleise 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseratenannahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Vorstand des Eisenbahnerverbandes gegen die Gewerkschaftsplitterer.

Berlin, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird geschrieben: Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der zur Beschlussfassung über das Verhandlungsergebnis in Berlin zusammengetreten ist, hat den in den Sechzehnerauschuss entsandten Mitgliedern durch den nachstehenden einstimmig gefassten Beschlusses ein Vertrauensvotum ausgesprochen: „Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist nach Kenntnisnahme über den Gang der Verhandlungen davon überzeugt, daß ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen war. Er ist ferner der Meinung, daß seine Vertreter im Sechzehnerauschuss ihre Pflicht voll erfüllt und alles aufgeboten haben, um das Beste für die Eisenbahner herauszuholen. Aus diesem Grunde spricht er diesen Kollegen sein volles Vertrauen aus.“

Eine weitere Entschliessung wendet sich gegen die Zerpfütierer, die Anhänger der in Moskau gebildeten Gewerkschaftsinternationale. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Vorgänge in der letzten Zeit, insbesondere anlässlich der jetzt zum Abschluss gekommenen Eisenbahnerbewegung veranlassen den erweiterten Vorstand, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß die Propaganda für die in Moskau gebildete Gewerkschaftsinternationale und die Erfüllung der von ihrer Leitung empfohlenen Richtlinien mit Notwendigkeit zur gegenseitigen Zerfplitterung der Gewerkschaftsmittel führt, zur Verhinderung der Wirksamkeit und damit schließlich zur Spaltung der Gewerkschaft führen muß. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen sieht sich der erweiterte Vorstand veranlaßt, in Anlehnung an den bereits in der Nummer 48 des Deutschen Eisenbahner veröffentlichten Aufruf zum Abdruck zu bringen, daß Mitglieder, die eine solche Schwächung und Zerlegung des Verbandes betreiben, als Schandlinge zu betrachten sind, gegen die der Vorstand mit den statutarisch zulässigen Mitteln vorzugehen hat. Der erweiterte Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß der Verband nur dann seine Aufgaben erfüllen kann, wenn er die volle Selbstständigkeit seiner Entschliessung wahr, für die das Statut und die Beschlüsse des Verbandstages maßgebend sind. Dementsprechend kommt als Funktionäre nur in Betracht, wer seine Tätigkeit in der Gewerkschaft nicht von der Richtung außerhalb des Verbandes stehender Personen oder Stellen abhängig macht, sondern sich streng auf dem Boden der oben klargelegten von unserm Verband beschlossenen gewerkschaftlichen Grundzüge stellt.“

Die Abstimmung über die Vorstandsentwählung erfolgte abschließend und zwar wurde der erste Vorschlag gegen 4 Stimmen, der zweite einstimmig angenommen. Das Abstimmungsergebnis bringt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß die Drahtzieher der Moskauer Internationale mit ihrer Zerpfütierungsarbeit im Deutschen Eisenbahnerverband auf Granit befehen.

Eine rechtssozialistische Regierung in Mecklenburg.

Schwerin, 19. Januar. Nachdem am Freitag das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Stellung, früher Minister des Innern, zum Ministerpräsidenten gewählt war, erfolgte heute die Wahl der vier übrigen Staatsminister. Vor der Wahl erklärten die Mitglieder der Demokratischen Partei, daß sie sich der Stimme enthalten würden, da ihnen die Bildung eines Ministeriums der Mitte nicht gelungen sei. Es wurden mit 21 Stimmen gewählt die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, Kriegsgerichtsrat Kitteweger aus Kiel, Lehrer Puls aus Rostock, Bürgermeister Peterson aus Goldberg i. M. und der Angestellte bei der Landesbehörde in Schwerin Evers.

Die Kommunisten haben nach einer anderen Meldung für die rechtssozialistischen Kandidaten gestimmt. Ob bestimmte Bedingungen gestellt oder besondere Abmachungen getroffen worden sind, geht aus den bis jetzt vorliegenden Meldungen nicht hervor.

Die englische Regierung für die Beendigung der ungarischen Volkskommissare.

Budapest, 19. Januar. Die englische Regierung hat dem ungarischen Kabinett und dem Reichsverweser den dringendsten Ratsschlag erteilt, die zu Tode verurteilten Volkskommissare zu begnadigen. In gültig unterzeichneten Kreisen verläutet, daß die Begnadigung sofort nach der Beendigung der Verhandlungen mit der Sowjetregierung über diese Frage erfolgen wird.

Die Wiederermächtigungfrage.

Paris, 20. Januar. (L.-U.) Der „Temps“ meldet: Der deutsche Staatssekretär Bergmann habe nach Paris die Antwort der deutschen Regierung auf den französischen Vorschlag, fünf Jahre hindurch Sachleistungen im Werte von 3 Milliarden Goldmark zu machen, die auf das Wiederermächtigungskonto gutzuschreiben seien, mitgebracht. Deutschland sei bereit, auf den französischen Vorschlag zu verhandeln, will sich aber nicht auf den Betrag von 3 Milliarden Goldmark verpflichten, schlägt jedoch offiziell keine andere

Summe vor. Die deutsche Regierung gibt zu erkennen, daß sie eine andere Lösung aber vorgehen würde, nämlich die Gesamtschuld festzusetzen.

London, 19. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird in englischen Kreisen die Ansicht ausgesprochen, die Deutschen müssen sich darüber Rechenschaft abgeben, daß die Pariser Konferenz ihnen eine letzte Gelegenheit bietet, in der Reparationsfrage entscheidende Vorschläge zu machen. Wenn die Deutschen keine greifbaren Vorschläge beibringen, werden die Alliierten wahrscheinlich ohne die Beihilfe der deutschen Sachverständigen handeln.

Die Bewertung der deutschen Leistungen.

Amsterdam, 20. Januar. (L.-U.) Aus Paris wird gemeldet: Die Wiederermächtigungskommission untersuchte den Modus über die bloßer von Deutschland gemachten Leistungen. Diese Prüfung war nicht einfach, da die Preise dauernd schwanken. Die provisorische Bewertung ergibt eine erheblich von den deutschen Angaben abweichende Ziffer.

Bestige Auftritte auf dem Kongress in Livorno.

Livorno, 18. Januar. Die Vormittags-session des Sozialistenkongresses wurde vielfach durch den heftigen Meinungsanstoß zwischen Kommunisten und einem Vertreter des Gewerkschaftsbundes gestört, die sich gegenseitig beschimpften. In der Nachmittags-session nahm der Kongress eine Entschliessung zugunsten der ungarischen Kommunisten an, deren Auslieferung von der ungarischen Regierung gefordert wird. Darauf nahm Baracca heftig gegen diejenigen Stellung, die die Anwendung von Gewalt vorziehen, und wies darauf hin, daß die Zwischenfälle von Bologna beweisen, daß die Staatsorgane noch sehr stark seien. Er erklärte, daß die sozialistischen Gewalttaten auf die Partei selbst zurückzuführen seien. Seine Ausführungen riefen so lebhaften Widerspruch bei seinen Gegnern hervor, daß er seine Rede unterbrechen mußte. Es kam zu einem wilden Durcheinander. Stellenweise wurde man handgemein. Der Anhänger der dritten Internationale Bombaracci zog einen Revolver und zielte auf Baracca. Andre Kongressteilnehmer warfen sich auf Bombaracci und drängten ihm aus dem Saal. Nachdem sich der Väm etwas gesamt hatte, gelang es Baracca, weiter zu sprechen. Doch wurde er noch fortgesetzt unterbrochen.

Die schweizerische Sozialdemokratie gegen Moskau.

Zürich, 19. Januar. Die Urabstimmung in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz über den Beitritt zur dritten Internationale ergab bei sehr geringer Beteiligung 10 203 Stimmen gegen und 3503 Stimmen für den Anschluß.

Sprengung des slowakischen Kommunistenkongresses durch Gendarmerie.

Brag, 19. Januar. Nach Blättermeldungen aus Rosenbergr wurde der Kongress der Kommunisten der Slowakei bei der Verhandlung über die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale durch Gendarmerie gesprengt. Einige Delegierte, darunter zwei Parlamentarier, wurden verfehlt.

Vorläufig keine Erhöhung der Getreidepreise

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit: Wie bereits wiederholt von zuständiger Seite in der Öffentlichkeit hervorgehoben worden ist, unterbreiten die trotz aller Dementis nicht verstummen Behauptungen von einer demnächst erfolgenden Erhöhung der Preise für Brotgetreide, Getreide und Hafer der Ernte 1920 jeder Grundlage. Wichtig ist nur, daß zur Zeit Verhandlungen der sogenannten Zubereitungsstellen zur Feststellung der Jahreszahlen über die Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, die als Material für eine Neuregelung der Getreidepreise der kommenden Ernte dienen sollen, stattfinden. Diese Verhandlungen beziehen sich aber lediglich auf das Getreide der kommenden Ernte. In laufenden Wirtschaftsjahr ist eine Erhöhung der Getreidepreise ausgeschlossen. — Um so höher werden dann die Preise im neuen Erntejahr hinaufgeschraubt werden.

Konflikt zwischen Reichsfinanzminister und Reichsrat.

Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung gegen den Einpruch des Reichsfinanzministers Dr. Brüch einleitend einen Ausschussantrag an, wonach den Ländern zur Befreiung der Mehrkosten, die ihnen und ihren Gemeinden durch die Mehraufwendungen für die Beamten erwachsen, Anteile an den Erträgen der neu einzuführenden Steuern zu gewähren seien. Der Reichsfinanzminister hatte sich nur zu einer Unterscheidung der Länder auf dem Wege des Etats bereit erklärt und kündigte eine dementsprechende Vorlage im Reichstag an.

Bestige Straßenkämpfe in Cork.

DA, London, 19. Januar. Die Stadt Cork wurde von verärärmten Militärabteilungen befehlt. Darauf haben sich in der Nacht schwere Straßenkämpfe abgespielt. Es wurde aus den Fenstern auf die Truppen geschossen, die das Feuer mit Maschinengewehren erwiderten. Zahlreiche Soldaten und Schutzleute wurden verwundet. Die Zahl der getöteten Sinnfeiner konnte nicht festgestellt werden, da die meisten Verwundeten und auch die Leichen von den Sinnfeinern versteckt worden sind.

Aus dem deutschen Ungarn. Die bayerische Polizei im Bunde mit Mördern und Waffenschleibern.

F. Im Oktober vorigen Jahres beschäftigte die Frage den bayerischen Landtag, ob die Polizeidirektion in München eine Organisation zur Befreiung von Menschen unterhalte, die geheime Waffenslager an die Entente verraten. Ein ehemaliger Reichswesoldat Dobner, der mit einem Dolmetscher der Ententekommission Georg Bracher in Verbindung stand, war von Studenten in einem Auto auf der Fahrt zu einem Waffenslager überfallen worden und nur mit Mühe der Ermordung entzogen. Die Studenten standen in enger Beziehung mit der Polizei, und die Waffenschleibern wurden von Orgeschleuten unter Aufsicht von Offizieren des Wehrkreiskommandos, sowie Beamten der Polizeidirektion München ausgeführt. Dabei bediente sich die Polizei auch des bei der Ententekommission als Dolmetscher tätigen Georg Bracher, der, wie der Pöbke bekannt war, unter dem falschen Namen Brachère auftrat. Als der Mordversuch bekannt wurde, mußte sich der Landtag in einem Untersuchungsausschuß mit der ganzen Frage befassen und die Polizei hatte nichts eiligeres zu tun, als ihren eigenen Spiegel Bracher, sowie den Dobner, der ermordet werden sollte, mit noch vier anderen Angeklagten zu verhaften und dem Staatsanwalt auszuliefern. Die Anklage lautete auf Verrat militärischer Geheimnisse und versuchte Erpressung. Eigenartigerweise verurteilte man den Prozeß anstatt an die Strafkammer, vor das Schöffengericht. Der Zweck ist sehr durchsichtig. Die eventuelle Revision gegen ein Urteil der Strafkammer würde an das Reichsgericht gehen, während bei Behandlung der Sache durch das Schöffengericht auch in höchster Instanz bayerische Gerichte entscheiden.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde Bracher wegen Betrags militärischer Geheimnisse zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und der Angeklagte Pest zu 4 Monaten Gefängnis wegen versuchter Erpressung. Dobner und die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der ganze Prozeß war eine Komödie. Trohdem von verschiedenen Zeugen die Beteiligung der Polizei an den Waffengeschäften des Bracher nachgewiesen wurde, hat das Gericht nichts getan, um Licht in die Waffenschleibertätigkeit der Polizei zu bringen. Man hat auch nicht die Schöffsen in der Reihenfolge genommen, die sonst immer eingehalten wird, sondern wählte zwei besonders verlässliche Schöffsen außer der Reihe aus, und der Herr Justizminister interessierte sich für den Prozeß mehr, als dem Ansehen eines Justizministers zuträglich ist und die Unabhängigkeit der Richter verträgt.

Der Angeklagte Bracher hatte in seiner Eigenschaft als Dolmetscher bei der Ententekommission Gelegenheit, Angaben über geheime Waffenslager zu erfahren und hat diese Waffenslager der Polizei, dem Wehrkreiskommando und Führern der Einwohnerwehr teils selbst, teils durch Mittelsmänner zur Kenntnis gebracht. Dafür wurde er von der Polizei bezahlt. Die Hauptrolle spielte bei der ganzen Affäre ein Leutnant Schweighardt, der mit dem Wehrkommando arbeitete und dem Bracher große Summen für die Befreiung von Waffenslagern versprach, die an die Entente verraten wurden und rechtzeitig deren Zugriff entzogen werden sollten. Im Oktober wurde ein Mädchen im Forstenrieder Park bei München ermordet. Sie stand auch bei dem Schweighardt in Verbindung wegen einer Waffenschleibergeschichte, und Schweighardt ist seit diesem geheimnisvollen Mord, als dessen Täter er dringend verdächtig ist, verschwunden. Im Prozeß leiste der Verteidiger mit, daß Schweighardt sich jetzt in Budapest aufhalte. Dieser Schweighardt warf immer mit großen Summen um sich, besorgte Waffenschleibungen nach Rosenheim, von wo die Waffen anscheinend nach Ungarn verschoben wurden. Alle Fragen, die über das Treiben dieses Schweighardt von der Verteidigung gestellt wurden, hat das Gericht nicht zugelassen, oder hat sie zurückgestellt, so daß die Schuld des Schweighardt möglichst verkleinert wurde. Ein Lattersfallbesitzer und ehemaliger Oberleutnant Böhm hatte große Summen für die Waffengeschäfte der Polizei zur Verfügung gestellt. Er war an dem Mordanschlag an Dobner beteiligt und wurde trotzdem verurteilt als Zeuge vernommen. Der Verteidiger fragte diesen Ehrenmann, warum er unser Parteiorgan den Münchner Kampf nicht verklagt, da in diesem Blatt gegen ihn doch der Vorwurf des Mordes erhoben wurde. Der Zeuge gab keine Antwort und das Gericht kam ihm sofort zu Hilfe und ließ die Frage nicht zu. Bei der Vernehmung dieses Zeugen schnürte das Gericht alle wichtigen Fragen ab, die die Prozeßmaterie betrafen und Aufklärung über die Beteiligung der Polizei an den Waffengeschäften und an dem Mordversuch hätten geben können. Fast sämtliche Beweisanträge der Verteidigung wurden abgelehnt und es war ganz offensichtlich, daß das Gericht der Polizei nicht wehe tun wollte.

Der Angeklagte Bracher war von der Polizei selbst aufgefordert worden, in ihre Dienste zu treten, trohdem sie wußte, daß er